

20 Jahre nach dem Oslo-Abkommen

Die Ernte: Eine neue Qualität der Apartheid



*Raji Sourani, Direktor
des Palestinian Center of
Human Rights, Gaza*

*Mehr Info siehe
Rückseite >>*

Veranstaltung:

Mit dem Menschenrechtsanwalt
Raji Sourani über Perspektiven für
einen gerechten Frieden in Palästina

Moderation (angefragt): Heike Hänsel, MdB - Die Linke

Veranstalter: Palästinakomitee Stuttgart

Am 21. September 2013 um 19:00 Uhr im Theater Tri-Bühne
Eberhardstraße 61 A – 70173 Stuttgart

- Es gibt arabische Spezialitäten und Getränke
- Der Eintritt ist frei

Als US-Außenminister John Kerry im vergangenen Juli neue Friedensgespräche ankündigte, stieß diese Initiative auf erhebliche Skepsis. Kein Wunder: Es ist offensichtlich, dass keine der einflussreichen israelischen politischen Kräfte die international anerkannte palästinensische Forderung, einen Staat in den Grenzen von 1967, akzeptiert. Während der Zeit des so genannten „Oslo-Friedensprozesses“ (ab 1993) hat der Staat Israel die ethnische Säuberung unvermindert vorwärts getrieben: Israelische Siedler kontrollieren heute 60 Prozent der Westbank. Zahlreiche jahrhundertalte palästinensische Dörfer und Häuser in Westbank und Ostjerusalem sind akut von der Zerstörung und ihre BewohnerInnen von der Vertreibung bedroht. Der Gazastreifen ist vom übrigen Palästina völlig abgeriegelt und die Bewohner leiden unter der israelischen Grenzblockade.

Der Rassismus innerhalb des Staates Israel entwickelt sich immer offensichtlicher. Mit Demonstrationen und Streiks wehren sich in diesen Wochen palästinensische und solidarische jüdische Staatsbürger Israels gegen die Zerstörung von 40 palästinensischen Dörfern im Negev und die Zwangsumsiedlung Zehntausender PalästinenserInnen in Townships, die der Praver-/Begin-Plan vorsieht.

Bei vielen PalästinenserInnen, provozierte die Zusage von Mahmoud Abbas und der Führung der palästinensischen Autonomiebehörde zu erneuten Verhandlungen empörten Protest. In verschiedenen Städten gab es Demonstrationen. In Ramallah ging die palästinensische Polizei mit solch massiver Härte gegen die Protestierenden vor, dass

„Wir werden in den nächsten 10 Jahren einen Kampf wie Martin Luther King Jr in den USA und Nelson Mandela in Südafrika führen – wir werden uns mit der Apartheid konfrontieren und unsere Rechte fordern“

die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch eine unabhängige Untersuchung fordert. Die Argumente der Protestierenden sind deutlich: „Wir werden in den nächsten 10 Jahren einen Kampf wie Martin Luther King Jr in den USA und Nelson Mandela in Südafrika führen – wir werden uns mit der Apartheid konfrontieren und unsere Rechte fordern“, unterstrich Mustafa Barghouti (Palästinensische Nationale Initiative). Verschiedene PFLP-SprecherInnen machten klar, dass Abbas im

Widerspruch zur Mehrheit der sozialen und politischen palästinensischen Organisationen handele und riefen zu Protesten auf. Das Ziel der Gespräche sei, von der Siedlungspolitik abzulenken

und Israel den Schein der Bereitschaft zum Frieden zu verleihen, meinte Talal Abu Zarifah, ein führender DFLP-Politiker bei einer Demonstration in Gaza.

Der Historiker Ilan Pappé beschrieb Anfang Juli in einem Interview in Al Jazeera die US-„Friedens-Politik“ als reine Taktik. Vorwärts bringe vielmehr die Erkenntnis, dass es sich bei Israel um einen Apartheid-Staat wie Südafrika handele, die sich immer weiter durchsetzt. Außerdem hofft Ilan Pappé langfristig auf die Bewegungen in der Region, die den Einfluss politischer Kräfte in den arabischen Staaten stärken, die sich der palästinensischen Sache wirklich verpflichtet fühlen. Ilan Pappé vertritt genauso wie eine immer größere Zahl von palästinensischen und jüdischen MenschenrechtsaktivistInnen die Perspektive des gemeinsamen demokratischen Staates für alle seine BewohnerInnen und das Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge.

Zum Referenten:

Raji Sourani gilt als Gazas führender Rechtsanwalt für Menschenrechtsfragen. Im Jahr 1991 erhielt er den Robert F. Kennedy Human Rights Award, 1985 und 1988 war er Gefangener des Gewissens von Amnesty International. Raji Sourani ist Mitglied der Internationalen Juristenkommission und Vizepräsident der International Federation of Human Rights. Er ist Gründer und Direktor des Palestinian Centers for Human Rights.

Raji Sourani wirkte beim Russell Tribunal zu Palästina mit. Die Situation der PalästinenserInnen während der Jahre des so genannten „Oslo-Friedensprozesses“ bezeichnet er als Apartheid unter dem Dach des Friedens.